

# Neu-köllnisch **DIE LINKE.**

Linkes Informations- und Diskussionsblatt

## Das Berliner Sozialforum

### Bündnispartner für DIE LINKE

In der thematischen Arbeit gibt es viele Schnittmengen zwischen der LINKEN und dem Berliner Sozialforum. So zum Beispiel bei der Mobilisierung zu den G8-Protesten oder beim Volksbegehren für offene und demokratische Hochschulen.

Vor kurzem wurde DIE LINKE dafür kritisiert, dass sie nur für eines der drei Volksbegehren mobilisiert, die das Sozialforum zusammen mit dem Berliner Bündnis gegen Privatisierung unterstützt. Ich denke zu Unrecht.

Beim Volksbegehren zu den Wasserbetrieben muss man festhalten, dass unter der CDU/SPD-Koalition der Verkauf von 49 Prozent vertraglich vereinbart wurde. Jetzt die Offenlegung von geheimen Verträgen rückwirkend durchzusetzen, dürfte rechtlich unmöglich sein. Den Rückkauf der Anteile kann die Landesregierung derzeit nicht bezahlen. Die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus bekommt von der Partei jede Unterstützung für eine tragfähige Initiative zur Reprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe.

Anders ist es beim Volksbegehren zur Berliner Sparkasse, das das Girokonto für Jedermann, das Regionalprinzip, gute Arbeitsbedingungen und Weiteres sichern will.

Dafür sprachen sich die Linksfraktion und auch die Landesregierung aus. Wir müssen nicht für ein Volksbegehren mobilisieren, das genau das fordert, was die aktuelle Politik unserer Abgeordneten zum Inhalt hat. Auf dem nächsten Parteitag DER LINKEN in Berlin wird über den Stand der Verhandlungen berichtet.

**Michael Frank** (siehe auch Seite 3)

ErwiN lädt ein:  
**Ein-Euro-Jobs:  
Alles unter Kontrolle?**

Informationsveranstaltung  
mit **Angelika Klahr**

(Mitglied im Beirat des Jobcenters), und

**Michael Bluhm**

(MAE-Gruppe der Erwerbslosenausschüsse)

25. September 2007 um 18.30 Uhr

in der Geschäftsstelle,  
Richardplatz 16, 12055 Berlin

## Fünf Jahre Hartz IV

### Millionen leben in Armut



»Heute ist ein schöner Tag für die Arbeitslosen in Deutschland«, irrte sich Peter Hartz am 9. August 2002. Der damalige VW-Manager stand der Kommission vor, die im Auftrag der Regierung von SPD und Grünen ein Konzept zur Reformierung des bundesdeutschen Arbeitsmarktes entwickeln sollte. Kanzler Schröder lobte, »dass der Kommission und ihrem Vorsitzenden ein großer Wurf gelungen ist«.

### Armut per Gesetz

Mit großem Spektakel sind die Hartz-Ideen als »Mutter der Reformen« gepriesen und gefeiert worden. Keine der Versprechungen hat sich, wie damals schon absehbar war, erfüllt. Stattdessen sind mehr Menschen denn je in der Geschichte der Bundesrepublik in Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit, in sozialen Abstieg und materielle Abhängigkeit geraten. Das markiert den bislang größten Bruch mit dem grundgesetzlichen Anspruch sozialer Selbstbestimmung und solidarischer Gesellschaftsverfassung.

Die rot-grüne Bundesregierung hatte versprochen durch die Hartz-Gesetze mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Auch die große Koalition setzt weiter auf dieses Rezept. Die Realität sieht anders aus! Der aktuelle Aufbau von Beschäftigung auf Grund der konjunkturellen Belebung geht an den Langzeiterwerbslosen vorbei.

Regelsätze sofort anheben – gesetzlichen Mindestlohn jetzt!

Die Aufgabe der Überwindung dieser Hartz-Gesetze steht nach wie vor. Ein erster, sofort möglicher Schritt zur Verbesserung der sozialen Lage vieler Menschen ist, die Anhebung der Regelsätze und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Das ist das Gebot des »Geburtstags«, anstatt, wie SPD und CDU es tun, den Druck auf die Schwächsten der Gesellschaft zu erhöhen.

Von Arbeit muss man leben können, aber derzeit steigt die Anzahl der »Aufstocker« (bundes- bzw. jobcenter-deutsch: Arbeit im Niedriglohnssektor)! Sie sind arm, trotz Arbeit. Ihr »Lohn« ist nicht mal so hoch, wie der Regelsatz bei Hartz IV!

Die Bundesregierung spielt auf dem »Schachbrett« des Sozial- und Arbeitsmarktes, unter Missachtung jegliche Regeln, Hauptsache die Wirtschaft boomt, egal auf wessen Kosten. So kann es letztendlich nicht weiter gehen.

### Hartz IV muss weg!

Grundsätzlich muss eine völlig andere Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik, die sich an der Stärkung der privaten und öffentlichen Nachfrage orientiert, eine Steuerpolitik, die die finanzielle Basis für Investitionen in Arbeit, Bildung, soziale Infrastruktur, und unserer Jugend eine Zukunftsperspektive bietet.

**Sylvia Stelz**

Fraktionsvorsitzende

# Diskussion um den Haushaltsplan 2008/2009

## Erstmals soll nicht ausgeglichener Entwurf vorgelegt werden

Viel zu diskutieren gibt es nicht. Die Mittelzuweisung vom Senat lässt kaum andere als gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben zu.

Ein Bezirk hat in erster Linie die zugewiesenen Mittel für die Bewahrung des sozialen Friedens und die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur nach den anerkannten Richtlinien unserer Werteordnung einzusetzen.

Neukölln ist hierzu jedoch zunehmend nicht mehr in der Lage. Er hat den schlechtesten Sozialindex von Berlin. Mit 138 Bedarfsgemeinschaften nach SGB II auf 1.000 Einwohner belegt der Bezirk einen negativen Spitzenplatz in der Bundesrepublik Deutschland. In Nord-Neukölln ist die Lage besonders prekär.

Trotz einer nahezu lähmender Einengung der Kompetenzen und unter dem Diktat fehlender Gestaltungsräume bemüht sich der Bezirk, konzeptionell wie strategisch den Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Mit einer eher pragmatischen denn philosophisch orientierten Bezirkspolitik dort steuernde Hilfe anzubieten, wo dies für die Zukunftsfähigkeit Neuköllns dringend erforderlich ist.

So ist Neukölln inzwischen bei weitem der größte Anbieter von Deutschkursen in Berlin.

Die Entwicklung und flächendeckende Ausbreitung des Projektes Stadtteilmütter, die Erweiterung der Schulstationen, die intensive Förderung der musischen Erziehung, die Entwicklung des Jugendrechtshauses, aber auch die Schaffung von zusätzlichen Klassenräumen in Nord-Neukölln und das Modellvorhaben Campus Rütli sind nur einige Beispiele der engagierten Integrationspolitik des Bezirkes.

Den eingeschlagenen Weg wollen wir konsequent weiterführen, denn all diese Maßnahmen liegen nicht nur im Interesse der Einwohner des Bezirkes sondern auch des gesamten Landes Berlins. Gerade die Bezirke, die die Last der Fehlentwicklung der Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte zu bewältigen haben, leisten einen wesentlichen Beitrag für die Präsentation einer jungen, bunten und weltoffenen Metropole.

Erstmals wird der Haushaltsplan Neuköllns für 2008/2009 nicht ausgeglichen sein. Wir wollen dem Finanzsenator deutlich machen, dass wir in Anbetracht des Spannungsverhältnisses zwischen nicht sachgerechter Mittelzuweisung auf der einen Seite und der Unabwendbarkeit zur Durchführung bestimm-

ter Integrationsmaßnahmen auf der anderen Seite, zur Veranschlagung einer pauschalen Minderausgabe (eingespartes Minus) gezwungen sind.

Die Diskussion bezüglich der Mittelzuweisung für die Bezirke ist im Abgeordnetenhaus noch nicht beendet. Wir appellieren an alle Abgeordneten, insbesondere aber an die unserer eigenen Partei, stellt den Bezirken mehr finanzielle Mittel zur Verfügung, damit wir Neukölln und damit auch Berlin zukunftsorientiert gestalten können. Berlin ist zwar »arm und sexy«, aber zaubern können wir noch nicht! Starke Bezirke sind die Grundlage für die Entwicklung zu einer bildungs- und wissenschaftsorientierten Hauptstadt, zu der auch Neukölln gehört!

**Sylvia Stelz**

*Fraktionsvorsitzende*

## Rudower Neonazis verurteilt

Im August vergangenen Jahres wurde in Rudow ein Infostand der Linkspartei von Rechtsextremisten angegriffen, an dem Flyer für eine Demo gegen Neonazis verteilt wurden. Zwei der Angreifer sind nun verurteilt worden. Timo L., der schon mehrfach vor Gericht stand, hatte sich vor dem Amtsgericht Königswusterhausen zusätzlich für einen Überfall auf eine Gruppe Jugendlicher in Schönefeld zu verantworten, den er wenige Tage vor dem Überfall in Rudow gemeinsam mit dem stadtbekanntem Neonazi Dennis E. begangen hatte. Für beide Straftaten wurde gegen ihn eine Freiheitsstrafe von 1 Jahr und 6 Monaten verhängt.

Sebastian T., ein weiterer Neonazi aus Rudow, der bei dem Angriff auf den Infostand in Rudow mit einer Leuchtpistole geschossen hatte, wurde bereits im Juni im Amtsgericht Tiergarten zu einer Freiheitsstrafe von 1 Jahr und 9 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Auch bei ihm war der Angriff in Rudow nicht die einzige Straftat. Er hatte in der Silvesternacht eine Bushaltestelle mit rechtsextremen Parolen beschmiert. Dabei wurde er von einem Polizisten erwischt, den er angriff, und auch später noch einmal bedrohte. Nur wenige Tage vor seiner Verhandlung wurde bei einer Polizeikontrolle bei ihm die Waffe gefunden, mit der er auf den Infostand geschossen hatte.

In der Vergangenheit sind rechte Gewalttäter häufig mit einer Bewährung davon gekommen. Es ist darum ein gutes Signal der Justiz, dass sie den Beteuerungen der Angeklagten, sie würden sich aus der Szene zurück ziehen, diese Male keinen Glauben schenkte.

Die LINKE wird selbstverständlich weiterhin in Rudow präsent sein. Denn der Kampf gegen Rechtsextremismus ist eine wichtige Aufgabe, wie der Überfall gezeigt hat. **JW**

## Bürgerbeteiligung erwünscht!

### Bezirkshaushaltsplanung für die Jahre 2008/2009

Das Bezirksamt hat die Entwurfsvorlage zum Bezirkshaushaltsplan 2008/2009 mit einem Planungsvolumen von rd. 580 Mio. € je Planungsjahr an die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) zur Beschlussfassung weitergeleitet. Vom 3. September bis zum 11. September 2007 finden die Haushaltsberatungen in den öffentlichen Fachausschusssitzungen der

BVV statt. Diese geben Ihnen die Möglichkeit, die Haushaltsplanung kennen zu lernen und zugleich aktiv zu beeinflussen. In den Ausschusssitzungen können Sie Ihre Ideen einbringen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Informationsmaterialien finden Sie auf den Internetseiten des Bezirksamtes unter [www.berlin.de/ba-neukoelln/verwaltung/steuerungsdienst.index.html](http://www.berlin.de/ba-neukoelln/verwaltung/steuerungsdienst.index.html)

### Termine der Fachausschüsse zur Haushaltsberatung im Rathaus Neukölln

Mo. 03.09.07	16.00 Uhr	Sportausschuss
Mo. 03.09.07	17.00 Uhr	Ausschuss für Bürgerdienste und Gesundheit
Di. 04.09.07	17.00 Uhr	Sozialausschuss
Di. 04.09.07	17.00 Uhr	Ausschuss für Bildung, Schule und Kultur
Mi. 05.09.07	17.00 Uhr	Ausschuss für Verkehr und Tiefbau
Mi. 05.09.07	17.00 Uhr	Ausschuss für Wohnen und Umweltschutz
Do. 06.09.07	17.00 Uhr	Ausschuss für Naturschutz und Grünflächen
Do. 06.09.07	17.00 Uhr	Jugendhilfeausschuss
Mo. 10.09.07	17.00 Uhr	Ausschuss für Verwaltung und Gleichstellung
Di. 11.09.07	17.00 Uhr	Ausschuss für Stadtentwicklung
Di. 11.09.07	17.00 Uhr	Wirtschaftsausschuss
Mi. 19.09.07	17.00 Uhr	BVV beschließt Haushaltsplan

Die Sitzungsräume werden auf der Homepage der BVV (<http://www.berlin.de/ba-neukoelln/bvv-online/au010.asp>), in den Bürgerämtern sowie im Aushang der BVV im Rathaus, Karl-Marx-Str. 83, neben der Pförtnerloge Eingang Karl-Marx-Str. 83, bekanntgegeben.

## Volksbegehren für offene und demokratische Hochschulen

Das Berliner Bündnis für Freie Bildung - gegen Studiengebühren hat ein Volksbegehren ins Leben gerufen, zur Änderung des Berliner Hochschulgesetzes. DIE LINKE Berlin hat auf ihrem letzten Parteitag beschlossen, dieses Volksbegehren zu unterstützen.

Worum geht es dabei?

### 1. Gebührenfreies Studium

Das Volksbegehren beinhaltet mehrere Punkte. Zum einen die Sicherung der Gebührenfreiheit des Studiums. Auch die Einführung von Studienkontenmodellen und Bildungsgutscheinen soll damit ausgeschlossen werden.

Dies ist auch eine Forderung der LINKEN. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig gemacht werden. Schon jetzt gibt es in einigen Bundesländern Gebühren an den Universitäten. Obwohl gleichzeitig die Wirtschaft darüber jammert, dass es ihr an gut ausgebildeten Fachkräften mangelt, werden durch Gebühren weitere Hürden aufgebaut, die junge Menschen am Studieren hindern können. Unsere Partei lehnt jede Form von Gebühren ab. Das gilt auch in der Regierungskoalition in Berlin.

### 2. Zugang zum Masterstudium

In den vergangenen Jahren wurden in Deutschland die Studiengänge reformiert und an ein europäisches System angepasst. Inzwischen ist das Studium in fast allen Fachbereichen in zwei Stufen geteilt: Bachelor und Master. Auch wenn ein Bachelor schon als fertiger Abschluss gilt, erst beide Abschlüsse zusammen entsprechen den bisherigen Abschlüssen wie Diplom, Staatsexamen oder Magister. Das Volksbegehren fordert daher,

dass es keine Zugangsbeschränkungen zum Master-Studium geben darf, so dass jeder Student, der seinen Bachelor-Abschluss gemacht hat, auch für den Master in seinem Fach zugelassen wird.

### 3. Demokratisierung der Hochschulen

Die dritte Forderung des Volksbegehrens ist die Einführung der so genannten Dreiviertelparität in den Hochschul-Gremien. Das bedeutet, dass Professoren, Studierende, akademische Mitarbeiter und sonstige Mitarbeiter in jedem Gremium dieselbe Stimmenzahl und dasselbe Gewicht der Stimmen haben. Damit soll eine stärkere Demokratisierung der Hochschule erreicht werden.

Dies sind auch Forderungen der LINKEN, weshalb wir dieses Volksbegehren unterstützen. Wir setzen uns dafür jedoch nicht nur mit diesem Volksbegehren ein, sondern zum Beispiel auch in der Berliner Regierung. Warum ein Volksbegehren unterstützen, wenn man selbst »an der Macht« ist? Wir sind in Berlin nur der kleinere Koalitionspartner. Auch wenn die SPD in Fragen wie den Studiengebühren uns bisher entgegen gekommen ist, so kann ein Volksbegehren, das viele Berlinerinnen und Berliner mit unterschrieben haben, uns in der Diskussion den Rücken stärken. Darum wollen wir fleißig Unterschriften sammeln, denn wir benötigen 20.000 davon, damit das Volksbegehren auch die erste Stufe erreicht.

Mitmachen! Das Volksbegehren kann von allen Berliner Landtagswahlberechtigten unterschrieben werden. Auch bei uns in der Geschäftsstelle.

Julia Wiedemann

## DIE LINKE Neukölln Engagement für die Bürger und soziale Gerechtigkeit

Die Gründung der neuen LINKEN ist in Neukölln sehr erfolgreich verlaufen. Wir haben jetzt doppelt so viele Mitglieder und können in Zukunft noch aktiver für die Interessen der Menschen eintreten. In der nächsten Zeit haben wir uns vorgenommen mit möglichst vielen Aktionen auf uns aufmerksam zu machen.

Vom Bezirksvorstand unterstützt haben sich Mitglieder in Basis- und Arbeitsgruppen organisiert. Mit den Gruppen wird das Ziel verfolgt, im Kiez für die Menschen präsent und ansprechbar zu sein. Wir wollen hinhören, was die Leute sagen, die Probleme im Kiez aufgreifen und daraus unsere Politik zusammen mit den Menschen entwickeln.

Die gesellschaftlichen Missstände wollen wir thematisieren und dafür Sorge tragen, dass der Senat die Dringlichkeit erkennt, mehr für die soziale Infrastruktur in Neukölln zu investieren.

In den thematischen Arbeitsgruppen haben Mitglieder und Gäste die Möglichkeit ihre politischen Vorschläge für die BVV-Fraktion einzubringen. Zusammen mit den verschiedenen Gruppen werden Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen geplant. Bisher bestehen Arbeitsgruppen für die Bereiche Soziales, Bildung, Migration/Integration, Kultur und der AK Erwin.

Vor allem in der BVV gibt es genug für uns zu tun: Manchmal ist man schon froh, wenn das Schnarchen der Bezirksverordneten von FDP oder Grünen die inhaltslosen Anträge der CDU-Fraktion übertönt. Wir bringen sachliche Anträge ein, die zum Vorteil aller Neuköllner sind.

Im neuen Jugendverband Linksjugend solid spielt der Neuköllner Bezirksverband eine entscheidende Rolle. Unsere jungen Mitglieder arbeiten teilweise bei den Abgeordneten der Linksfraktion im Bundestag und in Landtagen und bereichern die Partei durch inhaltlich fundierte und konstruktive Kritik.

Dies alles zeigt, dass wir eine der lebendigsten Parteien im Bezirk sind.

DIE LINKE Neukölln ist die politische Kraft, die sich um die Menschen im Bezirk kümmert.

Wenn ihr Herz auch links schlägt, machen sie bei uns mit.

Michael Frank



Studierende protestieren gegen die Bedingungen an den Berliner Hochschulen

# Bundeswehr raus aus Afghanistan



**Bundeswehr  
raus aus  
Afghanistan!**

Im Herbst 2007 steht die Abstimmung über den Verbleib der Bundeswehr in Afghanistan auf der Tagesordnung. Die Bundeswehr beteiligt sich an dem Einsatz »Operation Enduring Freedom« (OEF) und der internationalen Sicherheits-Unterstützungstruppe (ISAF) mit Tornados an dem Krieg in Afghanistan. DIE LINKE fordert ein sofortiges Ende der Bundeswehreinsätze, denn ihre Bilanz ist verheerend.

1,3 Millionen Menschen sind seit 2001 auf der Flucht. In keinem Land sterben so viele Kinder wie in Afghanistan. Ausländische Soldaten brachten 2006 200 Zivilisten um. 2007 wurde diese Zahl bereits in der ersten Jahreshälfte erreicht.

Die Bundesregierung begründet den Einsatz damit, dass der Aufbau von Strukturen in Afghanistan und Deutschlands Sicherheit durch die Bundeswehr geschützt werden müssten.

Aber die Hilfe stand nie im Vordergrund: Seit 2002 wurden insgesamt 58 Milliarden Euro für Militärmaßnahmen ausgegeben und 5,2 Milliarden Euro für zivilen Aufbau. Ein Großteil der Hilfgelder, die nach Afghanistan gehen, fließt in die Taschen von westlichen Konzernen.

Die ISAF-Truppe leistet keinen humanitären Wiederaufbau, sondern schützt das Karsai-

Regime. Hamid Karsai ist nur durch westliche Intervention an die Macht gekommen.

Unter Karsai herrschen wieder die Kriegsherren, welche die Afghanen nach dem Abzug der sowjetischen Besatzer terrorisierten. Karsai – über Jahre enger Verbündeter der USA und des Westens – tut alles, um deren Interessen zu schützen.

Die Verflechtung von ziviler Hilfe und Militäreinsatz wird gerade von denen abgelehnt, die seit Jahrzehnten Erfahrungen mit ziviler Hilfe in Afghanistan haben. So haben Caritas und Deutsches Rotes Kreuz die Regierung ermahnt, die militärischen und zivilen Aufgaben strikt zu trennen, um die Helfer und die Bevölkerung nicht weiter zu gefährden.

Die Lage der Mehrheit der Frauen in Afghanistan hat sich seit dem Sturz der Taliban nicht verbessert. Die Frauenorganisation Womankind Worldwide prangert an, dass einige Formen der Gewalt gegen Frauen, wie Ehrenmorde, zugenommen haben.

Wenn die Regierung sagt, dass Deutschland Freiheit und Sicherheit am Hindukusch verteidigt werden, meint sie die Sicherung des Zugangs zu den Öl- und Gasvorkommen am Persischen Golf und in der kaspischen Region. Diesen will sie an der Seite der USA sichern, um Unabhängigkeit von Russland oder den neuen Konkurrenten Indien und China zu erreichen.

Der sofortige Abzug der ausländischen Truppen ist eine Voraussetzung für effektive Hilfsmaßnahmen und die Entwicklung einer wirklich demokratischen Gesellschaft. Deshalb demonstriert DIE LINKE am 15. September zusammen mit der Friedensbewegung in Berlin.

**Christine Buchholz**

*Mitglied Parteivorstand DIE LINKE*

## Termine der Linke.Neukölln

### Mitgliederversammlung

12. September, 19 Uhr  
Rathaus, BVV-Saal  
Thema: Struktur des BV

### Info-Stand

8. September, 11-13 Uhr  
Rathaus Neukölln

### Linksjugend

12. und 26. September, 18 Uhr  
Richardplatz 16

### BO.NN.

4. September, 19 Uhr  
Richardplatz 16

### BO Rixdorf

27. September, 18.30 Uhr  
Richardplatz 16  
Gründungsveranstaltung

### BO Bunter Hund

19. September, 19 Uhr  
Salvador Allende Zentrum,  
Jonasstr.29

### AK Erwin

4. und 18. September, 11 Uhr

### Erwerbslosenfrühstück

11. September, 17 Uhr

### Arbeitstreffen

25. September, 18.30 Uhr

### Informationsveranstaltung

Richardplatz 16

### Projekt Afghanistan

13. September, 19 Uhr  
Richardplatz 16

# Demonstration für den Frieden!

am 15. September 2007

Organisiert die Friedensbewegung eine bundesweite Demonstration in Berlin, für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Jede und jeder ist herzlich eingeladen mitzuhelfen, dass diese Demo groß und unüberhörbar wird.

Start: 12 Uhr am Roten Rathaus

## IMPRESSUM

»Neu-köllnisch« erscheint 10x im Jahr.

**Herausgeber:** Linke.PDS Berlin,

Auflage dieser Ausgabe: 1.500

**V.i.S.d.P.:** Dr. Sylvia Stelz

Geschäftsstelle Neukölln, Richardplatz 16,

12055 Berlin, Tel./Fax: 6 13 59 19

Redaktionsschluss: 31. August

*Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen*

*nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen!*